

FRAKTION. AKTUELL.

RUDOLF-WISELL-BRÜCKE WIRD SANIERT

Nun ist es endlich soweit! Die lang herbeigesehnte und dringend erforderliche Sanierung der Rudolf-Wissell-Brücke in Charlottenburg-Wilmersdorf wird stufenweise ab den Sommerferien 2017 erfolgen. Wie die Fernstraßenplanungsgesellschaft Deges mitteilte, soll zunächst in den Sommerferien 2017 und 2018 der Fahrbahnelbelag jeweils einer Fahrbahnseite saniert und für den Fahrzeugverkehr wiederhergestellt werden, bevor die eigentliche Sanierung, bzw. der Neubau der Brücke erfolgen kann. Im Rahmen einer europaweiten Ausschreibung werden Firmen mit kreativen Lösungen für diese Herausforderung gesucht.



Vor 2022 wird also voraussichtlich nicht gebaut. Dennoch ist es wichtig, dass der Bezirk, die für eine Baustellenumfahrung benötigten Straßen im Bereich des Tegeler Weges jetzt schon instand setzt, um der erheblichen Mehrbelastung durch Fahrzeuge Stand zu halten. Gleichzeitig muss der Bezirk bei der Verkehrslenkung Berlin und beim Senat intervenieren, um die im gleichen Zeitrahmen geplante Sanierung der Schlossbrücke nach hinten zu verschieben, soll die gesamte Mierendorff-Insel nicht im Verkehrschaos ersticken. Die CDU-Fraktion wird dies gegenüber dem Bezirksamt einfordern und den Prozess kritisch begleiten.

LIEBE LESERINNEN, LIEBE LESER,

herzlich willkommen zur ersten Ausgabe in der neuen Wahlperiode von „Fraktion Aktuell“ der CDU-Fraktion Charlottenburg-Wilmersdorf.

Wir freuen uns, Sie über aktuelle politische Entwicklungen unseres Bezirks informieren zu dürfen. Auf der letzten Seite von Fraktion Aktuell finden Sie die Namen unserer Bezirksverordneten mit ihrem fachpolitischen Schwerpunkt.

Seit nunmehr drei Wahlperioden beschäftigt uns der Olivaer Platz. Hatten wir gedacht mit dem gefundenen Kompromiss könnte nun zügig der Umbau beginnen, so mussten wir erkennen, dass dies ein Irrtum ist. Das Bebauungsplanverfahren ist fehlerhaft und es bleibt abzuwarten, ob der Kompromiss überhaupt umgesetzt werden kann. Das Kudamm-Karree soll endlich erneuert werden. Unsere Forderung nach dem Erhalt mindestens einer der traditionsreichen Kudamm-Bühnen soll dabei nicht umgesetzt werden. Stattdessen ist der Neubau eines Theaters geplant. Ein so großes Bauobjekt sollte unseres Erachtens nicht ohne umfassende Bürgerbeteiligung stattfinden.

Aus diesem Grund und weil wir Diskussionsbedarf sehen, tritt die CDU für ein Bebauungsplanverfahren ein.

Aber auch neue Themen beschäftigen uns, wie die Sanierung der Rudolf-Wissell-Brücke oder der Erhalt der von der Firma Wall betriebenen öffentlichen Toiletten.

Im Namen der CDU-Fraktion von Charlottenburg-Wilmersdorf wünsche ich Ihnen viel Freude beim Lesen der folgenden Artikel. Über Meinungsäußerungen und Anregungen Ihrerseits freuen wir uns sehr.

Mit herzlichen Grüßen



Ihre
SUSANNE KLOSE
Fraktionsvorsitzende

WIE STEHT ES UM DAS HUNDEAUSLAUFGEBIET IN GRUNEWALD?

Die neue Grunewaldschutzverordnung hat in den letzten Wochen für viel Gesprächsstoff gesorgt. Die Vereine der Hundehalter befürchten ein Verbot des Hundeauslaufgebietes in Grunewald. Und in der Tat bietet die Verordnung „die Möglichkeit, unter ganz bestimmten Voraussetzungen (...) Bereiche zu etablieren, die für Menschen und Hunde gesperrt sind oder in denen Hunde nicht mehr mitgeführt werden könnten (...)“ Doch welche Gründe könnten das sein?

Die grün-geführte Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz sieht bei einer Gefährdung von Tier- oder Pflanzenarten ausreichende Voraussetzungen. Nun ist es klar: Die Verordnung bildet eine Hintertür für ein Verbot. Zwar lässt der Senat verlauten, dass „keine weiteren Absperrungen oder die Ausweisungen von Flächen geplant (sind), auf denen Hunde nicht mehr mitgeführt werden dürfen.“ Doch Pläne können sich bekanntlich schnell ändern.

Und wie sieht das Bezirksamt die Verordnung? In einer großen Anfrage der CDU-Fraktion verweist der grüne Stadtrat Schruoffeneger hauptsächlich auf den Senat und erklärt am Ende, man wäre doch gar nicht zuständig und schiebt die Verantwortung von sich. Man kennt das ja mittlerweile. Notfalls sind immer nur die anderen schuld! Neu ist allerdings: die tierfreundlichen Grünen interessieren sich nicht für die Hundehalter.

NÄCHSTE ÖFFENTLICHE BVV-TERMINE		SPRECHZEITEN	
Donnerstag, 22. Juni 2017, 17:00 Uhr		Montag, Donnerstag	14:00 bis 18:00 Uhr
Donnerstag, 13. Juli 2017, 17:00 Uhr		Dienstag	10:00 bis 13:00 Uhr
		Mittwoch	13:00 bis 18:00 Uhr

OLIVAER PLATZ – NEVER ENDING STORY?

Nachdem Ende 2015, nach jahrelangem Streit, im Rahmen eines Runden Tisches ein Kompromiss für den Umbau des Olivaer Platzes gefunden worden war, mussten wir zu Beginn dieses Jahres mit Unverständnis zur Kenntnis nehmen, dass der aufgestellte Bebauungsplan von der zuständigen Senatsverwaltung beanstandet wurde. Erinnern wir uns an die Ausgangslage: Am Anfang stand der mehrheitlich von SPD und Grünen gefasste Beschluss, den Olivaer Platz nach ihren Vorstellungen umzugestalten. Im Mittelpunkt dieses Beschlusses stand insbesondere der Wegfall aller Parkplätze. Dagegen gab es einen breit aufgestellten Bürgerprotest, der von der CDU unterstützt wurde. So wurde ein Kompromiss gefunden, der eine multifunktionale Fläche vorsah, auf der 60 PKW-Stellplätze erhalten werden sollten, der den Neubau eines großen Kinderspielplatzes zum Ziel hatte und eine Einigung über den Eingriff in die bestehende Vegetation erreicht hatte.

An dem Runden Tisch war selbstverständlich auch der damalige Baustadtrat Marc Schulte (SPD) beteiligt. Nun sollte man meinen, dass ein verantwortlicher Stadtrat sich während solcher Beratungen damit auseinandersetzt, was rechtlich möglich ist oder nicht und entsprechende Hinweise gibt. Irrtum! Knapp anderthalb Jahre nach dem Kompromiss wissen wir nun, dass der Plan von der Senatsverwaltung u.a. wegen gravierender Abwägungsmängel hinsichtlich von Lärmschutzfragen bzgl. des Spielplatzes beanstandet wurde, sprich so nicht umgesetzt werden kann. Das sind nicht die einzigen Gründe für die Beanstandung, aber die bedeutendsten. Die CDU steht nach wie vor zu dem Kompromiss und fordert eine schnelle Prüfung, ob und wie die Planungsfehler behoben werden können. Sollte dies jedoch nicht möglich sein, kann nicht wieder alles von vorn beginnen. Dann muss der Oliver Platz ohne große Umbauten wiederhergerichtet werden:

- die Grünanlage in Ordnung gebracht und gepflegt werden
 - eine beleuchtete Durchwegung zwischen Wielandstraße und Bayerische Straße angelegt werden
 - unübersichtliche Ecken und Barrieren müssen entfernt werden
 - der Spielplatz saniert, vergrößert und mit neuen Spielgeräten ausgestattet werden
 - die Anzahl der Stellplätze erhalten bleiben
- Der Platz braucht endlich Pflege, damit er seinem ursprünglichen Zweck dient. Ein Ort der Erholung und Entspannung inmitten der Stadt zu sein.



ÖFFENTLICHE WC-ANLAGEN ALS STAATSBETRIEB?

Kommentar von Klaus-Dieter Gröhler, Bundestagsabgeordneter des Wahlkreises Charlottenburg-Wilmersdorf



Bereits in der letzten Wahlperiode riefen SPD, GRÜNE und LINKE im Berliner Abgeordnetenhaus oft nach Verstaatlichung von Betrieben.

Mit dem Zauberbegriff „Rekommunalisierung“ treten sie dafür ein, ehemalige öffentliche Unternehmen, die privatisiert worden sind, wieder in die Hände des Staates zurückzuholen. Ob das immer sinnvoll ist, mag man im Einzelnen streiten. Allerdings sind Zweifel, ob der Staat ein vernünftiger Unternehmer ist, durchaus angebracht. Bei den aktuellen Überlegungen des Senats, die privat betriebenen Berliner Toilettenanlagen in ein Staatsunternehmen zu überführen, kann man nur noch mit dem Kopf schütteln. Zum einen stellt sich die Frage, warum das derzeit von der Firma Wall betriebene System von öffentlichen Toiletten überhaupt eine Veränderung benötigt, schließlich hat es sich bewährt: Die WC-Anlagen sind in einem sehr ordentlichen Zustand, behindertengerecht, sauber und gepflegt. Zum anderen stellt sich die Frage, warum überhaupt eine Verstaatlichung dieser Aufgabe erfolgen soll. Eine Hoheitsaufgabe ist der Betrieb von Toiletten nicht – und zum politischen Kernbereich staatlichen

Handelns gehört das Angebot für die menschliche Notdurft auch nicht. Ich kann mich noch gut daran erinnern, als bis in die achtziger Jahre WC-Anlagen von der Stadtreinigung betrieben worden sind. Lieber machte man sich in die Hose, als diese stinkenden Einrichtungen aufzusuchen. Der Berliner Rechnungshof stellte damals fest, dass ein Klogang Kosten von 32 DM verursachen würde, weil der Betrieb völlig ineffizient war und die Anlagen praktisch nicht genutzt wurden. Das war der Anlass für den damaligen Senat, den Betrieb der Toiletten an die Firma Wall zu übertragen. Seitdem lief das Geschäft mit dem „Geschäft“ völlig problemlos. Schade, dass jetzt ein rot-rot-grüner Senat nichts Wichtigeres zu tun hat, als eine erfolgreiche Privatisierung zurückzudrehen. Leider scheint der Staat aus den Erfahrungen, die er als Unternehmer beim Flughafen BER macht, nicht zu lernen. Wenn noch jemand zweifelte, dass bei diesem Senat Ideologie mehr zählt als Vernunft, dann liefert die Verstaatlichung des WC-Betriebs den letzten Beweis.

KUDAMM-KARREE: ROT-ROT-GRÜN BESIEGELT DAS AUS FÜR DIE THEATER



Seit mehr als zehn Jahren beschäftigt dieses Thema Berlin und unseren Bezirk: die Zukunft des Kudamm-Karrees und insbesondere die der beiden Kudamm-Bühnen, die sich seit über 90 Jahren in ihren historischen Räumen befinden. Der Gebäudekomplex in prominenter Lage hat seit 2006 mehrfach den Eigentümer gewechselt und soll, soweit herrscht Einigkeit, neugestaltet werden. Über das Wie der Neugestaltung gab es in den letzten Jahren lebhaft und kontroverse Diskussionen, insbesondere um die Zukunft der beiden Theater. Die seit vielen Jahren vorliegenden Umbaupläne sehen vor, die beiden Bühnen zu beseitigen und nur

eine neue Bühne im Untergeschoss unterzubringen. Dies haben der Betreiber der Theater, viele Bürgerinnen und Bürger, die CDU und andere Parteien immer abgelehnt; für uns war und ist eine Neugestaltung mit Erhalt mindestens einer Bühne im Originalzustand das Ziel. Im Februar hat der linke Kultursenator Klaus Lederer zu unserem Erstaunen bekannt gegeben, dass Investor, Theater und Senat sich auf einen „Kompromiss“ geeinigt hätten: die altbekannten Pläne werden umgesetzt, dafür erhält der Theaterbetreiber jährlich 800.000 Euro vom Land Berlin für die Mietzahlung. Die beiden historischen Theatersäle wären damit endgültig verloren. Diesen „Kompromiss“ ging der Eigentümer aber nur unter der Bedingung ein, dass der Bezirk ihn vom Bebauungsplanverfahren befreit. Die Neu- und Umgestaltung soll also unter Umgehung des eigentlich gesetzlich

vorgeschriebenen Verfahrens genehmigt werden, wodurch insbesondere die eigentlich zwingende Beteiligung der Anwohnerinnen und Anwohner abgeschnitten wird. Das finden wir absurd. Bei einem Bauvorhaben dieser Größenordnung muss Rücksicht auf die Meinung der Anwohnerinnen und Anwohner genommen werden. Nur die CDU hat am Ende im Stadtentwicklungsausschuss der BVV gegen die vom Investor geforderten Befreiungen gestimmt. Die im Wahlkampf des letzten Jahres von Roten und Grünen stets erhobene Forderung nach mehr Bürgerbeteiligung und Mitbestimmung entpuppt sich in Land und Bezirk als ganz schlechter Scherz. Mitreden sollen die Bürgerinnen und Bürger nur dort, wo ihre Meinung der versammelten Linken passt. Und die kommerziell betriebenen Kudamm-Bühnen passen leider nicht ins linke Weltbild. Pech gehabt!

AUSGRENZUNG IM BEZIRK SCHADET DER DEMOKRATIE UND DEM EHRENAMT
















Es war schon ein mehr als unwürdiges Schauspiel, dass ein gemeinsames Bündnis von SPD, Grünen, Linken und FDP in der BVV-Sitzung am 27. April vorgeführt hat: Allein, weil er seit kurzem einer ihnen unliebsamen Partei angehört, wird ein über 15 Jahre für den Bezirk ehrenamtlich ohne jede Beanstandung tätiger 71-jähriger in aller Öffentlichkeit diffamiert und seine weitere Mitgliedschaft in der Sozialkommission verhindert. Es ist schlicht mit unserem demokratischen Selbstverständnis und unserer Verfassung nicht vereinbar, dass eine wie auch immer geartete politische Mehrheit politisch Andersdenkende ohne triftigen Grund unterdrückt und eigene Regeln aufstellt, nach denen gesellschaftliche Partizipation stattfinden darf, zumal wenn dies in der praktischen Arbeit des Geächteten keine Rolle spielt und gespielt hat.

Es ist eben ausdrücklich nicht vorgeschrieben und wird deshalb auch bei Bewerbern nicht hinterfragt, welcher politischen Richtung, Religion oder beispielsweise sexuellen Orientierung sie anhängen. Der Bewerber hat neben einem einwandfreien polizeilichen Führungszeugnis alle rechtlichen Voraussetzungen erfüllt und fand trotzdem nicht die „Gnade“ der selbsternannten Richter von SPD, Grünen, Linken und FDP ein Ehrenamt auszuüben. Wir erinnern uns: Noch im Januar verteidigte der rot-rote Teil des neuen Berliner Linksbündnisses im Abgeordnetenhaus die Ernennung des Ex-Stasi-Angehörigen André Holm zum Staatssekretär. Holm war zudem Hausbesetzer, in der autonomen Szene aktiv und stand lange Zeit im Verdacht, einer terroristischen Vereinigung anzugehören. Holm erhielt einen hochdotierten Posten an der Humboldt-Universität, indem er bei

seiner Bewerbung seine verfassungsfeindliche und extremistische Vergangenheit verschwie. Gründe, ihn deshalb von einem öffentlichen Amt fernzuhalten, sehen die Linken bis heute nicht. In Charlottenburg-Wilmersdorf wurde ein „Oppositioneller“ kaltgestellt und es steht zu befürchten, dass unter der zugrundeliegenden politischen Doktrin nicht nur die Bereitschaft leidet, sich für ein Ehrenamt zur Verfügung zu stellen, sondern die Demokratie insgesamt Schaden nimmt – wer wird der nächste sein?



FÜR SIE IN DER BV CHARLOTTENBURG-WILMERSDORF

	SUSANNE KLOSE Fraktionsvorsitzende Haushaltspolitische Sprecherin		KARSTEN SELL Stv. Fraktions- vorsitzender Sozialpolitischer Sprecher		CHRISTOPH BRZEZINSKI Stv. Fraktions- vorsitzender Stadtentwicklungs- und baupolitischer Sprecher		JUDITH STÜCKLER Stellvertretende BVV-Vorsteherin
	GERALD MATTERN Verkehrspolitischer Sprecher		ALBRECHT FÖRSCHLER Schulpolitischer Sprecher		DETLEF WAGNER Umweltpolitischer Sprecher		GESINA GISA Seniorenpolitische Sprecherin
	HANS-JOACHIM FENSKE Sportpolitischer Sprecher		KAI-UWE DALICHOW Gesundheitspolitischer Sprecher		KRISTINA WAGNER Integrationspolitische Sprecherin		REINHOLD HARTMANN Kulturpolitischer Sprecher
	SERDAR BULAT Jugendpolitischer Sprecher		SIMON HERTEL Wirtschaftspolitischer Sprecher		CARSTEN ENGELMANN Bezirksstadtrat für Soziales und Gesundheit		ARNE HERZ Bezirksstadtrat für Bürgerdienste, Wirt- schafts- und Ordnungs- angelegenheiten



FRAKTIONSGESCHÄFTSSTELLE

Rathaus Charlottenburg
Otto-Suhr-Allee 100
10585 Berlin
Raum 229 a

Tel. 030 / 90 29 - 14 906
Fax 030 / 90 29 - 14 904

E-Mail:
info@cdu-fraktion-charlottenburg-wilmersdorf.de

Homepage:
www.cdu-fraktion-charlottenburg-wilmersdorf.de

MITARBEITER

Fraktionsgeschäftsführerin: Katrin Hölscher
Fraktionsreferent: René Powilleit

IMPRESSUM

Redaktion: Ariturel Hack
Layout: Ariturel Hack
Bilder: Ariturel Hack, fotolia, Marek Lange

CDU-Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf

V.i.S.d.P. Susanne Klose